Redaktion, Verlag und Druck von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr monatlich 12½ Sgr.; für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 92 Abendblatt. Sonnabend, den 23. Februar. 1867.

Deutschland.

Berlin, 22. Februar. Se. Majestät der König wird die Sitzung des Reichstages Allerhöchstselbst eröffnen. Mit Rücksicht hierauf ist der Anzug für alle diejenigen Herren, welche Civil-Uniform haben, in Gala mit weißen Unterkleidern, für Militärs der Parade-Anzug mit Schärpe und Ordensband bestimmt.

— Die Mitglieder des Reichstages sind heut schon in sehr großer Zahl eingetroffen. Während bis gestern Abend sich erst 13 Mitglieder auf dem Bureau desselben gemeldet hatten, belief sich die Zahl der bis heut Mittag Angemeldeten schon auf mehr als 80 Mitglieder. Als Alters-Präsident wird, wie wir hören, der Abgeordnete Wirklicher Geh. Rath v. Franckenberg-Ludwigsdorf fungiren.

— Die „Zeidl. Corr." schreibt, wie es scheint offiziös, Folgendes: „Ueber die Manier, in welcher man die Debatten des Reichstages betreiben werde, sind mannichfache Betrachtungen angestellt worden, bei welchen der Charakter des dem Reichstage vorzulegenden Verfassungs-Entwurfes nicht hinlänglich berücksichtigt wird. Dieser Entwurf ist mehr als ein bloßer Vorschlag. In Folge der Verständigung der Bundesgenossen über seinen Inhalt nimmt der Entwurf an der Natur eines Vertrages Theil. Und wie bei parlamentarischen Diskussionen über Verträge stets eine gewisse Gehaltenheit und Selbstbeschränkung stattfinden muß, so ist es selbstverständlich, daß die Berathung des Bundesverfassungs-Entwurfes der Möglichkeit der Modifikationen kein zu weites Maß einräumen darf. Modifikationen sind nicht ausgeschlossen; aber es wird bei der Stellung von Amendements stets die Frage zu beantworten sein, ob sie den Werth des mit den Bundesgenossen erzielten Einverständnisses aufwiegen. Allerdings, so weit sie den Zwecken des Bundes entsprechen, werden gewiß auch die etwaigen nachträglichen Aenderungen die Zustimmung der einzelnen Bundesregierungen erhalten.

— Die Reichs-Insignien, die bei hohen Hoffeierlichkeiten dem Monarchen vorgetragen werden, bestehend in der Krone, dem Scepter und dem Reichsapfel des Königs Friedrich I., dem Reichspanier und dem Schwerte, welche auch bei der Königs-Krönung 1701 gedient haben, werden bei der feierlichen Eröffnung des norddeutschen Reichstages im Weißen Saale des hiesigen Schlosses vor dem Thron Aufstellung erhalten. Das Ceremoniel wird dasselbe sein, wie bei ähnlichen bedeutungsvollen Veranlassungen.

— Bei der am Mittwoch abgehaltenen Obduktion der Leiche des am 18. d. Mts. ermordeten Bäckerburschen Corny fand man, außer der mit geschickter Hand ausgeführten Verstümmelung der Geschlechtstheile, zwei Kopfwunden vor, die von Messerstichen herrühren, ferner eine gewaltsame Zerstörung des Mastdarms und an beiden Handgelenken Spuren, welche erkennen ließen, daß der Ermordete an den Händen festgehalten worden, während er sich seinen Mördern zur Wehr setzte. Daß ein harter Kampf stattgefunden haben muß, ergiebt sich aus der zum Theil zerrissenen Kleidung des Ermordeten; einen Sack, worin er die Waaren ausgetragen, fand man blutbefleckt mitten auf dem Platze liegend vor, ebenso die Mütze. Die „Staatsb.-Z." hört, daß ein Scharfrichtergehülfe verhaftet worden ist, welcher am Tage des Mordes unter verdächtigen Umständen in der Nähe der Mordstätte gesehen sein soll. Bei Feststellung seiner Persönlichkeit wurde außer seiner oben erwähnten Profession auch ermittelt, daß er ein aus Torgau entsprungener Militär-Sträfling ist, welcher schon seit geraumer Zeit sich hier obdachslos umhertreibt. — An den Säulen befindet sich eine Bekanntmachung des Königlichen Polizei-Präsidiums, in welcher eine Belohnung von 200 Thalern für die Entdeckung der Mörder oder des Mörders des Corny ausgesetzt wird. Demnach scheint gegen den verhafteten Menschen ein begründeter Verdacht nicht vorzuliegen.

— Aus guter Quelle verlautet, die Eröffnungsrede der Reichstags-Session werde mit besonderem Nachdrucke hervorheben, daß ein Werk, über welches 22 Regierungen sich geeinigt haben, nicht leicht hier in Frage gestellt werden könne. — Indessen bleibt die Ansicht vorherrschend, daß eine Amendirung des Entwurfes, der zufolge das Ordinarium sämmtlicher Bundesausgaben für die Dauer der Legislaturperiode, das Extraordinarium aber jährlich durch den Reichstag festgestellt würde, allseitige Zustimmung finden werde.

— Die Einladung der verbündeten Souveräne ist bis zum Schlusse des Reichstages aufgeschoben.

— Heute Mittag soll eine Konferenz-Sitzung der norddeutschen Bevollmächtigten stattfinden. Man glaubt, daß es sich namentlich um die Kenntnißnahme der Ratifikationen des Uebereinkommens wegen der Verfassungs-Vorlage handeln wird, so wie um die etwaige Vertretung der Bundes-Regierungen in Berlin während der Dauer des Parlamentes.

— Die „Annalen der Landwirthschaft" enthalten folgende Bitte um Beiträge für das in Berlin zu errichtende landwirthschaftliche Museum:

Die Unterzeichneten, als die in Berlin anwesenden Mitglieder der vom Herrn Minister für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten ernannten Spezial-Kommission für die Vorbereitung eines landwirthschaftlichen Museums in Berlin, ersuchen ergebenst alle Landwirthe und Freunde der Landwirthschaft, solche Gegenstände der Pariser Welt-Ausstellung, über welche sie zu verfügen haben, und welche zur Aufnahme in das betreffende Museum geeignet sind, für diesen Zweck seiner Zeit freundlichst hierher überweisen zu wollen. Der Plan für das Museum ist in voller Arbeit. Die Unterzeichneten zweifeln nicht, daß, je bereiter das landwirthschaftliche Publikum dem Unternehmen seine Unterstützung zu Theil werden läßt, desto umfassender und schneller auch der Staat das Seinige thun wird. Berlin, 30. Januar 1867. Wehrmann, Geh. Ober-Reg.-Rath, Vorsitzender des Landes-Oekonomie-Kollegiums, Matthäikirchstraße 12. v. Salviati, Geh. Regier.-Rath, General-Sekretär des Landes-Oekonomie-Kollegiums, Schellingstraße 15.

Düsseldorf, 21. Februar. Die Königliche Regierung hat, wie die „Elberf. Ztg." mittheilt, an die Landräthe nachfolgenden Erlaß gerichtet:

„Von dem Ausschuß der rheinisch-westfälischen Gefängniß-Gesellschaft ist bei uns zur Sprache gebracht worden, daß die Verbüßung kleinerer Gefängnißstrafen seitens der Verurtheilten gerade besonders häufig an Sonn- und Feiertagen stattfinde und daß, während in den Wochentagen die ohnehin in der Regel kleinen und engen Kreis- und Kanton-Gefängnisse sehr schwach besetzt, ja zum Theil leer seien, dieselben an Sonntagen von kurzzeitigen Polizeisträflingen fast überfüllt wären. Zur Beseitigung dieses Uebelstandes und damit die Bestraften den sonn- und festtäglichen Gottesdienst nicht versäumen, hat der genannte Ausschuß gebeten, anzuordnen: 1) daß eintägige Gefängnißstrafe überhaupt in keinem Gefängnisse an einem Sonntag abgebüßt werden dürfe, und 2) daß Gefängnißstrafen bis zum Belauf von 4 Tagen nicht innerhalb der Zeit verbüßt werden dürfen, in welche ein Sonntag fällt, wenn nicht in dem betreffenden Gefängnisse Gottesdienst abgehalten wird. — Bevor wir eine solche Anordnung treffen, sehen wir Ihrer gutachtlichen Aeußerung hierüber binnen vier Wochen entgegen."

Aus **Schleswig-Holstein**, 21. Februar. Auch der „Altonaer Merkur" mahnt heute mit Recht die Bewohner der Herzogthümer daran, daß sie endlich von den partikularistischen Umtrieben ablassen, damit die Königl. Regierung sich in Folge einer unmotivirten Agitation nicht etwa veranlaßt sehe, die aus dem letzten deutsch-dänischen Kriege erwachsene Staatsschuldenlast im Betrage von 60 Millionen Thalern ausschließlich den Herzogthümern zu überweisen. — Die „Kieler Ztg." veröffentlicht heute im Wortlaut den wegen des Fernhaltens von der offiziellen Einverleibungsfeier an die 11 renitenten Kieler Stadtdeputirten gerichteten Oberpräsidial-Verweis. — Daß die Wahl des dänischgesinnten Alsener Hofbesitzers Ahlmann von der Dänenpartei durchgesetzt werden konnte, muß nach allen nachträglichen Berichten leider wesentlich der mangelhaften, ja nachlässigen Abfassung der Wahllisten zugeschrieben werden. So schreiben die heutigen „Flensb. Nachr." mit Beziehung auf den Sieg Ahlmann's: „Wir beklagen den Ausfall der Wahl um so mehr, da wir uns überzeugt halten, daß derselbe hätte vermieden werden können, wenn die Umstände gehörig in Erwägung gezogen und die Wahllisten mit größerer Sorgfalt ausgefertigt worden wären. Wir können Fälle konstatiren, daß deutsche Bürger, die in Flensburg an der Hauptstraße wohnen, nicht unbedeutende Ladengeschäfte treiben, demnach vollkommen bemerkbar sind, gar nicht in die Listen aufgenommen und bei der Wahl abgewiesen sind, wohingegen Individuen, die aus der Armenkasse Unterstützung genießen, der Wahlordnung zuwider, in den Listen sich befanden und gewählt haben. Zwar ist eine Aufforderung an die Wähler ergangen, sich von der Richtigkeit der Listen auf dem Rathhause zu vergewissern und demnächst von etwaigen Fehlern Anmeldung zu machen; aber wie können Bürger, die jahrelang am Orte wohnen und kontribuiren, deren Geschäft dem Auge sichtbar ist, erwarten, daß man ihre Namen zu notiren vergessen, sie infolge dessen von solcher wichtigen Angelegenheit ausschließen würde. Wenn auch das Resultat der Wahl als eine vollendete Thatsache betrachtet werden muß, so wäre doch eine nachträgliche strenge Untersuchung der Wahllisten nicht allein wünschenswerth, sondern sogar dringend geboten." (Post.)

Wyck auf Föhr, 21. Februar. Die Westsee-Insulaner haben alten Gerechtsamen zufolge, welche ihnen wegen der fortwährenden Kämpfe mit den Elementen behufs Schützung der Deiche gewährt gewesen sein mögen, keine Militärpflicht auszuüben. Eine an das Ober-Präsidium in Kiel gerichtete Bitte, die jungen Leute auch ferner in Friedenszeiten vom Militärdienst zu dispensiren, mit dem Hinzufügen, daß sämmtliche Söhne in den Tagen der Gefahr freudig ihren Arm dem Vaterlande leihen würden, ist denselben zu ihrer Freude, obschon nur vorläufig, bewilligt worden.

Hamburg, 21. Februar. (Post.) Die drei Hamburgischen Parlaments-Abgeordneten, Lehrer Rée, Schiffsrheder Sloman und Kaufmann de Chapeaurouge haben in der Begleitung des im 8. schleswig-holsteinschen Bezirk (Altona und Umgegend) gewählten früheren hanseatischen Minister-Residenten Schleiden bereits gestern per Courierzug die Reise nach Berlin angetreten. Sämmtliche 4 Abgeordnete sollen sich trotz der wachsenden Agitation für den Zollvereins-Anschluß vereinbart haben, mit aller ihnen zu Gebote stehenden Kraft für die unbegrenzte Freihafenstellung Hamburg-Altona's einzutreten. Die Freunde des Zollvereins-Anschlusses sind jedoch auch nicht unthätig: In Altona ist eine Schrift erschienen, welche die handelspolitische Nothwendigkeit des auf die Zollvereinsfrage bezüglichen selbstständigen Vorgehens Altona's gegenüber Hamburg nachweist, indeß hier in Hamburg beachtenswerthe Stimmen laut werden, welche behufs Anbahnung einer zweckentsprechenden künftigen Stellung Hamburgs für die Abordnung von bevollmächtigten Kaufleuten, Gewerbtreibenden und Zollbeamten nach Berlin plaidiren.

Altona, 21. Februar. Gestern Abend fand hier im Saale des alten Bürgervereins ein großes Festmahl statt, welches das früher auf Grund des Neumünsterschen Programms zusammengetretene hiesige Wahl-Comité dem erwählten Abgeordneten Dr. Schlieden, demnächst aber allen schleswig-holsteinschen Abgeordneten gab. Auch die beiden dänischen waren eingeladen, außer Schlieden aber nur die Herren Franke und Schrader erschienen. Ungefähr 250 Bürger haben Theil genommen. Die dort zu Tage getretene und sonst hier der Beobachtung zugängliche Stimmung gab und giebt den Beweis, daß man sich trotz alledem mehr mit dem neuen Vaterlande Preußen und mit der Stellung, welche das Land erhalten hat, aussöhnt; unter den Abgeordneten ist es namentlich der auch von entschiedenen Preußenfreunden, wie dem jetzt vielgenannten Kaufmann Theod. Gagen wegen seiner Kenntniß der Handelszustände als Kandidat begünstigte Dr. Schlieden, welcher den Thatsachen aufrichtig Rechnung tragen will; derselbe hat hier und in Wandsbeck ermahnt dem nunmehrigen Landesherrn die gleiche Treue zu bewähren, die man dem Augustenburger gewidmet habe.

Dresden, 21. Februar. Der, wie man sagt, nunmehr von dem sächsischen Kriegsministerium genehmigte Uebertritt einer ziemlichen Anzahl ehemaliger hannöverscher Offiziere in sächsische Dienste, giebt den sächsischen Offizieren, die sich durch diesen Einschub in ihren Erwartungen von Avancements getäuscht finden, Veranlassung zur Unzufriedenheit. Der Enthusiasmus für Oesterreich, mit welchem die sächsischen Offiziere, hohem Vorbilde folgend, im Juni v. J. nach Böhmen marschirten, ist dort schnell verschwunden und ziemlich allgemein in das Gegentheil umgeschlagen. Was die Herren dort selbst beobachtet, was sie dort gelitten, verbunden mit dem was sie über die Zustände und die Kriegführung der Bundesarmee am Main erfahren haben, ist geeignet, sie die neue Ordnung der Dinge mit nüchternem Auge prüfen zu lassen. Man darf behaupten, daß im sächsischen Offizierkorps bei Weitem mehr, als in den Beamtenkreisen, der „aufrichtige und ehrliche" Anschluß an den norddeutschen Bund Boden gewonnen hat. Möglich, daß bei dem und jenem Offizier nicht allein die Prüfung der Sachlage den Sinn geändert hat, sondern mehr noch die aus Sachsens Zuziehung zum norddeutschen Bunde erwachsende Vermehrung der sächsischen Armee, deren bisher 20 Bataillone, 20 Schwadronen, 12 Batterieen à sechs Geschütze u. s. w. nun auf den Bestand eines preußischen Armeekorps gehoben werden. Da die Vermehrung in allen Waffen ungefähr ein Drittheil betragen wird, so hatte sich wohl jeder Offizier schon nach der Rangliste seine Charge im künftigen 12. norddeutschen Bundesarmeekorps berechnet. Nun kommen auf einmal gegen 50 hannöversche Offiziere. Nicht mit Unrecht klagen die sächsischen, daß ihre hannöverschen Kameraden ihnen in den Weg treten, einzig und allein, weil sie ihrem nunmehrigen Landesherrn nicht unmittelbar dienen mögen. Mittelbar dienen sie ihm doch, da er der oberste Kriegsherr der gesammten norddeutschen Bundesarmee ist.

München, 22. Februar, Nachmittags. Die Regierungs-Vorlage, auch für den Heeresgesetz-Entwurf die Behandlung durch ständigen Ausschuß eintreten zu lassen, fand in der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer nicht die verfassungsmäßige Zweidrittel-Majorität. Die Kammer sprach sich mit diesem Votum indirekt gegen die beabsichtigte Landtags-Vertagung aus.

Ausland.

Wien, 20. Februar. (N. A. Z.) Heute ist die Nachricht eingetroffen, daß Erzherzog Stephan, der letzte Palatin Ungarns, im Alter von beinahe 50 Jahren zu Mentone bei Nizza einem langwierigen Brustleiden erlegen ist. Die nahe Verwandtschaft des Prinzen mit dem Kaiserhause (der Erzherzog war ein Vetter des Kaisers Ferdinand) legt unserem Hofe die Pflicht auf, in Folge dieses Todesfalles Trauer anzulegen und es wird deshalb auch höchst wahrscheinlich die Reise des Kaisers nach Ofen unterbleiben. Die Eidesleistung der ungarischen Minister würde dann am Sonnabend oder Sonntag hier in der Hofburg und die Publikation deren Ernennung gleichzeitig in der „W. Z." erfolgen. In allen größeren ungarischen Städten ist die Wiederherstellung der Verfassung mit tumultuarischen Festlichkeiten gefeiert worden, doch ist es ein charakteristisches Zeichen der Volksbildung, daß in mehreren Orten, u. a. in Debreczin und Szegedin, den Hauptplätzen des östlichen Ungarn, der Volksjubel sich unversehens zu einer Demonstration gegen die Juden umgewandelt hat. Die Vorliebe für Judenhetzen scheint im Charakter aller außerdeutschen Nationen Oesterreichs zu liegen. Einen grellen Kontrast zu dem Jubel nördlich von der Mur bildet die finstere grollende Haltung der Kroaten, die unabweisbar an die trüben Tage des Frühlings 1848 erinnert. Die kroatischen Komitats- und Munizipaldelegationen beeilen sich um die Wette zu erklären, daß sie von einem ungarischen Ministerium nichts wissen wollen, so lange der kroatische Landtag nicht darüber entschieden haben werde. Graf Andrassy wird mit außerordentlicher Klugheit und Mäßigung verfahren müssen, um einen offenen Bruch und dessen unberechenbare Folgen zu verhüten.

— Man glaubt, daß die Krönung des Kaisers Franz Joseph zum König von Ungarn am 14. April vorgenommen wird, an demselben Tage, wo 1849 zu Debreczin das Haus Habsburg des Thrones entsetzt wurde.

Wien, 21. Februar. Einem stark verbreiteten Gerüchte zufolge hätte der Sektionschef des Staatsministeriums, Herr von Schlosser, die provisorische Leitung des Verwaltungsministeriums für die cisleithanische Reichshälfte übernommen. — Für die bevorstehenden Krönungsfeierlichkeiten werden in den ungarischen Adelskreisen bereits die umfassendsten Vorbereitungen getroffen. — Kronprinz Humbert von Italien wird nächster Tage hier ankommen. Graf Revel trifft bereits Vorbereitungen zu seinem Empfange. Es heißt, der Kronprinz werde Se. Majestät nach Pesth begleiten. — Die Hoftrauer für den verstorbenen Erzherzog Stephan wird heute angelegt und durch 16 Tage getragen werden.

Lemberg, 18. Februar. Die Eröffnung des Landtages erfolgte heute in der Mittagsstunde in hergebrachter Weise. Die Verlesung des Eröffnungs-Reskriptes der Regierung wurde von der Versammlung mit lautloser Stille vernommen. Zum Landtags-Marschall ist auch für die gegenwärtige Session Fürst Leo Sapieha ernannt.

Paris, 20. Februar. (Ndd. Allg. Ztg.) Vorgestern besuchte der Kaiser mit seiner Gemahlin den Ausstellungspalast und wird hoffentlich mit dem Fortgang der Arbeiten zufriedener gewesen sein, als bei seinem ersten Besuch. Man will nämlich wissen, daß der erste Besuch ihn keineswegs befriedigt habe nnd daß dies der Grund sei, weshalb in der Thronrede die Ausstellung mit gänzlichem Stillschweigen übergangen ist. Andererseits werden dieser Unterlassung politische Gründe untergeschoben, wie es denn einmal zur Manie geworden zu sein scheint, den unverfänglichsten Dingen eine Seite abzugewinnen, welche grundlose kriegerische Besorgnisse nähren kann. So ist es denn auch nicht unbemerkt geblieben, daß im Blaubuch die Ausstellung nur flüchtig erwähnt worden ist, und zwar nur mit Bezug auf's Kriegsdepartement, welches eine Spezial-Ausstellung von Waffen, militärischen Geräthen, Reliefplänen von Festungen u. s. w. ankündigt. Uebrigens ist das Blaubuch auch sonst nicht gerade ausgiebig an Mittheilungen von hervorragendem Interesse, und ich beschränke mich darauf, das Kapitel über die Marineangelegenheiten zu berühren. Die in der Bewaffnung unserer Marine nöthig gewordenen Umgestaltungen sind sehr beträchtlich und rechtfertigen freilich die erheblichen Etatsüberschreitungen, welche das Budget des Ressortministeriums für 1866 nachweist. Um die fünfzölligen Platten der Panzerschiffe zu durchbohren, sind massive Stahlkugeln von neun Zoll im Durchmesser und von einem Gewicht von 216 Kilogramm (ca. 432 Pfund) erforderlich. Zur Anwendung dieser Geschosse, die zur Vertheidigung unserer Küsten, und um den Einrichtungen der anderen Seemächte gewachsen zu sein, nöthig geworden sind, mußte man zur Herstellung von Stahlkanonen und neuen Lafetten schreiten oder wenigstens die alten Kanonen und Geräthe von Grund aus ändern, zu welchem Zwecke man an eine Vergrößerung der Werkstätten und Gießereien denken mußte. Drei neue Fregatten, „La Magnanime", „La Savoie" und „Le Belliqueux", sind mit jenen Geschützstücken schwersten Kalibers bewaffnet worden.

Paris, 20. Februar. Die von Hrn. Devinck präsidirte Kommission zur Regelung des Besuches der Industrie-Ausstellung durch die arbeitenden Klassen, hielt diesen Morgen eine Sitzung, in welcher zur Kenntniß gebracht wurde, daß der Kaiser für die gegründete Kasse eine Gabe von 10,000 Franken und die Kaiserin eine von der Hälfte dieser Summe eingesandt habe. Zwölf dem Handelsstande angehörige Mitglieder der dritten Abtheilung der Kommission, welcher die Sorge obliegt, für geeignete Wohnstellen zu sorgen, gaben ihrerseits je 5000 Fr., welche zur Errichtung von Baracken auf Terrains der Stadt Paris, die vom Seinepräfekten zu diesem Zwecke zur Verfügung gestellt werden, verwendet werden sollen. Zur Möblirung dieser Barracken ist der Kriegsminister vom Kaiser angewiesen worden, 5000 eiserne Bettstellen leihweise zu liefern. Der englische Kommissär kündigte einen Besuch von mindestens 50,000 Arbeitern seiner Nation an, welche während ihres Aufenthaltes in der französischen Hauptstadt per Kopf 10 Shill. Diäten beziehen werden, sein Kollege von Preußen meldete ebenfalls einen Besuch von ca. 12,000 Mitgliedern des Arbeiterstandes an, die pro Mann täglich drei Thaler erhalten werden.

Dublin, 19. Februar. Der Lord Mayor gab gestern sein Eröffnungsbankett, das gegen 510 Personen in seiner Amtswohnung versammelte. Der Lord Statthalter, der mit großem Enthusiasmus empfangen wurde, verbreitete sich in Erwiederung des auf ihn ausgebrachten Toastes über die Lage des Landes und sprach sich sehr entschieden gegen das Fenierwesen aus. Cardinal Cullen war ebenfalls anwesend. Die Gesundheit des Prälaten wurde mit großer Herzlichkeit getrunken und seine Antwort, die sich ebenfalls gegen die Fenier richtete, athmete den Geist der Versöhnlichkeit.

Florenz, 17. Februar. In Rom hat die Rede des Kaisers einen so günstigen Eindruck hervorgerufen, daß das „Giornale di Roma" sie wörtlich abgedruckt hat, eine Ehre, die früheren Ansprachen Napoleon's III. nicht immer zu Theil ward. Cardinal Antonelli und der päpstliche Hof sind entzückt, und man rühmt, „daß der Kaiser noch niemals zuvor so ausdrücklich zu Gunsten der weltlichen Gewalt des Papstes sich ausgesprochen hat". Auch mit der Auflösung der italienischen Kammer ist man in Rom so zufrieden, daß Cardinal Antonelli auf Befehl des Papstes der Sacra penetenziaria zu wissen that, dieselbe solle ihren ganzen Einfluß aufbieten, um die Klerikalen zu bestimmen, sich „mit aller Energie an den bevorstehenden Wahlen zu betheiligen".

Turin, 18. Februar. Unsere politischen Verhältnisse sind nicht besser bestellt, als unsere finanziellen. Ich möchte nicht wiederholen, was ich schon so oft betonte: Italien kann und wird sich nicht glücklich gestalten, so lange nicht ein sittlicheres und innerlich religiöses Element nicht allein in die regierenden Kreise, nein, in die gesammte Nation gedrungen ist. Wir haben nun allerdings ein neues Ministerium; allein auf wie lange? Die Opposition verlangt den Rücktritt des gesammten Ministeriums, namentlich Ricasolis, den sie mit ihren Vorwürfen so schwer belastet, als den Finanzminister Scialoja und den Kultusminister Borgatti, die zurücktraten. Der neue Finanzminister Depretis war zur Annahme seines Portefeuilles nur durch die Erklärung Ricasolis zu vermögen, daß im Weigerungsfalle das ganze Kabinet seine Entlassung einreichen würde. Die Uebernahme des Portefeuilles der Finanzen durch Depretis bezeichnet aber hinlänglich, daß das Projekt Langrand Dumonceau auch von Seiten der Regierung wenigstens momentan aufgegeben zu sein scheint; denn Depretis, wie der für Berti eintretende Correnti als Minister des öffentlichen Unterrichts gelten für entschiedene Gegner der Merodeschen Partei zu Rom, von welcher der in die Brüche gegangene Plan des belgischen Banquiers eigentlich ausging. — Scialoja hat sich vor seinem Rücktritt noch selbst zum Präsidenten der Ober-Rechnungskammer ernannt.

Athen, 14. Februar. Die Zeitungen theilen Briefe aus Kreta mit, nach welchen in den Tagen vom 18. bis 20. Januar verschiedene kleine Gefechte stattgefunden haben, sowohl im östlichen als im westlichen Theile der Insel. Ist auch die Lage der Griechen eine bedrängte, so machen doch die Türken keinerlei Forschritte. — Großen Eindruck hat eine schwungvolle Rede gemacht, welche der Abgeordnete Valavritis aus Korfu gehalten hat. Er schließt mit den Worten: Die Wiederherstellung der griechischen Nationalität, die Ausdehnung der Grenzen Griechenlands, das sei fortan die Fahne des freien Griechenlands. Erhebt sie voll Muth und Vertrauen! Unter ihrem lebenspendenden Schatten werden nicht blos die Kreter, sondern auch die Thessalier und Macedonier und Epiroten sich brüderlich zu euch schaaren zur Erfüllung der überlieferten Prophezeihungen und zur Verwirklichung der Wünsche und Träume von vier langen und bangen Jahrhunderten.

Petersburg, 20. Februar. Krankheiten mit Charakter von hitzigem Fieber nehmen hier überhand; Cholerafälle sind eingetreten, ebenso wie der Uebergang von hitzigen Krankheiten in Cholera. Die Administration der Stadt trifft entsprechende Vorsichtsmaßregeln.

Konstantinopel. Hier erwartet man angeblich die Ankunft des englischen Diplomaten Lord Stratfort-Redcliffe. Die Vertrautheit dieses Staatsmannes mit den Zuständen im Orient würde seiner Reise eine hervorragende politische Bedeutung geben. Lord Stratford hat während seines langjährigen Aufenhaltes in Konstantinopel, in der Eigenschaft als englicher Botschafter, als der maßgebendste Rathgeber der Pforte gegolten. Guten und wohlmeinenden Rath benöthigt die Pforte jetzt dringender denn je, da die in ihren europäischen Provinzen herrschende Gährung sich bereits nach Kleinasien verpflanzt hat und bedauerliche Auftritte herbeizuführen droht. In einem anatolischen Distrikt sollen die fanatisirten Türken die christliche Bevölkerung gemordet haben, und Aehnliches besorgt man in Brussa, wo die Ruhe nur mit Noth aufrecht erhalten werden kann. Wenn neben dem nationalen auch der religiöse Fanatismus im Orient emporlodert, dann ist in der That das Aergste zu befürchten, und es wird fraglich, ob die auswärtigen Mächte auch in diesem Falle an dem Grundsatze festhalten könnten, den Ereignissen in der Türkei freien Lauf zu lassen.

Belgrad, 8. Februar. Die Antwort der Pforte auf die serbische Note, betreffend die Räumung der Festung Belgrad, ist noch nicht angelangt und die serbische Regierung hat sich veranlaßt gesehen, ihre Forderung zu wiederholen. Aber die Nachrichten, die uns aus Konstantinopel zugehen, lassen wenig Raum zu der Hoffnung, daß die Pforte nachgeben würde. Trotz des Rathes einiger befreundeter Mächte wagen die muselmännischen Minister nicht, die Sache vor den Sultan zu bringen. Hier wünscht das Volk die Weigerung; in diesem Falle wäre der Krieg mit der Türkei gewiß und es handelte sich nicht mehr blos um die Festungen, sondern um die Befreiung Bosniens und der Herzegowina. Diese Aussicht eines Krieges mit der Türkei ist hier beinahe zur Gewißheit geworden und viele Familien rüsten sich schon zur Abreise nach Oesterreich. In der That ist Alles, was hier verlautet, wenig beruhigend und friedlich. Die Nationalmiliz exercirt so zu sagen Tag und Nacht, die Studenten der Rechtsakademie und des Lyceums sind bewaffnet und man hat einen strategischen und einen chirurgischen Kursus für sie eröffnet; außerdem ladet die Regierung die serbischen Medizinstudirenden im Auslande ein, Dienst beim Sanitätskorps zu nehmen.

Newyork, 9. Februar. Es heißt, die Radikalen gehen mit dem Plane um, eine Bill einzubringen, die dem Präsidenten den Oberbefehl über Heer und Flotte entzieht.

Pommern.

Stettin, 23. Februar. In der gestrigen außerordentlichen Sitzung der Stadtverordneten, in der Herr Grawitz den Vorsitz führte, da Herr Saunier noch immer krank ist, dessen Stellvertreter, Herr Dr. Amelung, aber als Referent der Rechnungs-Abnahme-Kommission in der Etats-Angelegenheit behindert war, gleichzeitig als Vorsitzender zu fungiren, wurde die Berathung des Berichts über die Prüfung des Etats-Entwurfs pro 1867 fortgesetzt. Der Referent bemerkte, daß der Magistrat in dem vorgelegten Entwurf die bereits im Jahre 1865 von der Versammlung beschlossene und auch in jenem sowie im vorigen Jahre durchgeführte Trennung des Etats in Ordinarium und Extraordinarium habe fallen lassen und nur eine Scheidung der laufenden von den einmaligen Einnahmen und Ausgaben vorgenommen habe. Durch diese Unterlassung gehe jede klare Uebersicht von der eigentlichen Finanzlage der Stadt aber vollständig verloren; eine Trennung sei dringend geboten, um diejenigen Etats-Positionen, die aus einer Umwandelung des städtischen Vermögens im Gegensatz zu denjenigen, die aus den laufenden Verpflichtungen entspringen, klar erweislich zu machen; die Trennung sei ferner auch aus dem Grunde nothwendig, um zu vermeiden, daß die gegenwärtigen Steuerzahler nicht höher herangezogen würden, als es speziell zur Deckung der gegenwärtigen Bedürfnisse erforderlich, da dieselben keineswegs verpflichtet seien, durch größere Zahlungen zur „Vergrößerung des städtischen Vermögens" beizutragen. Die Rechnungs-Abnahme-Kommission habe sich deshalb bei der Wichtigkeit der Frage sowohl für Einnahmen als Ausgaben nach reiflicher Erwägung auch nicht zu dem Vorschlage entschließen können, von dem bisherigen Modus abzugehen und stellt den Antrag: „Gemäß den bisherigen Beschlüssen der Versammlung den Etat pro 1867 in Ordinarium und Extraordinarium getrennt festzustellen." Herr Kämmerer Hoffmann erwiderte u. A. etwa Folgendes: Die bisherigen Beschlüsse zielten dahin ab, es zum Verwaltungsprinzip zu machen, daß regelmäßig zwei balancirende Etats aufgestellt würden und glaube er wohl nicht mit Unrecht behaupten zu können, daß die Rechnungs-Abnahme-Kommission nachzuweisen versuchen wolle, daß die gegenwärtigen gegen die zukünftigen Steuerzahler zu hoch besteuert würden. Der Magistrat sei bereit, eine Trennung des Etats in der Weise vorzunehmen, daß er die einmaligen Einnahmen und Ausgaben von den laufenden ausscheide und dieselben in einer besonderen Uebersicht am Schlusse des Etats zusammenstelle, was ein klares Bild von der Finanzlage gewähren werde; der Magistrat halte es für einen besonderen Vorzug, nicht nach einem bestimmten Prinzip zu verfahren, er wünsche vielmehr ausdrücklich, sich und der Versammlung die jedesmalige freie Entschließung zu wahren. Wenn das Prinzip der Rechnungs-Abnahme-Kommission dahin gehe: die gegenwärtigen Steuerzahler dürften der Zukunft nichts schenken, so bemerke er, daß die Zukunft sich der Gegenwart ja unmittelbar anschließe und daß Verbesserungen der Gegenwart auch der Zukunft zu Gute kämen. Prinzip des Magistrats sei es: Zu steuern, soviel man könne, und nur durch Anleihen zu decken, was durch Steuern nicht aufgebracht werden könne; die Stadt dürfe sich nie auswirthschaften, sondern müsse sich bezüglich ihrer Finanzen in guten Zeiten auf stürmische kreditlose Zeiten vorbereiten und aus diesem Grunde bäte der Magistrat auch, das von der Kommission vertheidigte Prinzip aufzugeben. Es knüpfte sich hieran noch eine sehr umfassende Debatte, an der sich namentlich die Herren Dr. Wolff, Thiessen, Calebow, Reimarus, Professor Schmidt, Dr. Zachariä, der Referent und der Kämmerer Hoffmann (größtentheils zu wiederholten Malen) theils zu Gunsten des Kommissions-, theils im Sinne des Magistrats-Antrages betheiligten. Ersterer erklärte insbesondere, daß er in der Hauptsache auf den Standpunkt des Magistrats stehe und die Theorie und Konsequenz der Rechn.-Abn.-Komm. nach seiner Ueberzeugung falsch seien. Wenngleich er glaube, daß das Geld in den Taschen der Steuerpflichtigen im Allgemeinen besser aufgehoben, als zur Deckung möglicher künftiger Ausgaben in der Kämmereikasse, so gehe er doch noch weiter, indem er ausspreche, daß es unbedingt besser sei, vielleicht zehn Jahre lang höhere Steuern zu erheben, um aus den gesammelten Ueberschüssen z. B. ein Rathhaus zu bauen, als dieserhalb eine Anleihe machen zu müssen. Man würde, gleichviel ob das Prinzip der Kommission angenommen werde oder nicht, doch nicht umhin können, in jedem Jahre die Frage: Wie ist das vorhandene Defizit zu decken? in gründliche Erwägung zu ziehen. Der Referent dagegen suchte nachzuweisen, daß die Behauptung des Magistrats-Kommissarius, die Versammlung binde sich durch Annahme des von der Kommission vertretenen Prinzips dauernd, nicht stichhaltig sei, da dieselbe stets die spezielle Entscheidung darüber behalte, was unter Ordinarium und was unter Extraordinarium in den Etat aufzunehmen sei. Bei der Abstimmung wurde der Magistratsantrag verworfen, der Antrag der Kommission dagegen, nachdem auf Antrag des Hrn. Reimarus die Worte „Gemäß den bisherigen Beschlüssen der Versammlung" in demselben gestrichen waren, angenommen. Hiernächst wurde eine Menge von Monitas fast durchweg in der Weise erledigt, daß beschlossen wurde, die betreffenden Positionen dem Extraordinarium zuzuweisen. — Außerdem gelangte noch ein als dringlich erkannter Antrag zur Berathung. Der Kaufmann Ad. Kirstein hat das zusammenhängende Grundstück gr. Oderstraße 15/16 und Bohlwerk 21, zu dem zwei Hauswiesen gehören und auf welchem für die Stadt 30,000 Rt hypothekarisch eingetragen stehen, erworben. Er bittet nun, die beiden Wiesen aus der Pfandverbindlichkeit für jene Hypothek vollständig zu entlassen, außerdem aber darin zu willigen, daß von der letzteren 12,000 Rt auf den in der Oderstr. belegenen Grundstückstheil, dessen Gebäudefeuerkassen- und Bodenwerth 25,267 Thlr. 19 Sgr. 2 Pf. beträgt, 18,000 Rt dagegen auf den am Bohlwerk belegenen Theil des Grundstücks, dessen Gebäudefeuerkassen- und Bodenwerth 40,920 Rt beträgt, übertragen werden, da jeder Theil jetzt ein besonderes Grundstück bildet. Die Versammlung ertheilte diesen Anträgen ihre Zustimmung.

— Dem Gastwirth Böttcher in Grünhof, welcher schon seit längerer Zeit bemerkt hatte, daß ihm aus seiner Remise Getreide- und Futtervorräthe gestohlen wurden, gelang es vorgestern Abend, den Dieb in der Person eines Arbeiters von Grünhof auf der That zu ertappen. Die verschlossene Eingangsthüre war mittelst Nachschlüssels geöffnet worden.

— Gestern Mittag wurde von dem Hofe des Grundstücks Lindenstraße 30 in Grabow verschiedene dort aufgehängte Wäsche gestohlen. Die unmittelbar nachher ermittelten Diebe, zwei obdachlose Arbeiter, sind verhaftet.

— Vorläufiges Repertoir des Stadttheaters. Sonntag: „Die Zauberflöte". Montag: „Berliner Droschkenkutscher" (neu), Gastspiel des Herrn A. Weihrauch. Dienstag: „Lohengrin", zum Benefiz für Herrn Bary.

Stargard, 22. Februar. Am 21. d. Mts. Vormittags ereignete sich in der Fabrik des Kaufmanns August Zastrow ein bedauernswerther Unglücksfall. Der Heizer Zimmermann wurde beim Schmieren der Dampfmaschine von dem Treibriemen derselben an seiner offen gelassenen Weste erfaßt und in das Getriebe der Maschine gezogen. Der Unglückliche, welcher bedeutende Quetschungen der Beine, der Arme und des Oberkörpers davongetragen hat, wurde nach dem städtischen Krankenhause gebracht.

Naugard, 21. Februar. Heute Vormittag $10\frac{1}{2}$ Uhr brach auf dem Boden des Konditor Maatz'schen Hauses in der Greiffenberger Straße Feuer aus, welches mit so rapider Schnelligkeit um sich griff, daß es dieses und das benachbarte Schlächter Petermann'sche Haus vollständig verzehrte. Zum Glück konnte bei der herrschenden Windstille das Feuer auf diese beiden Häuser beschränkt werden. Ueber die Entstehung des Brandes weiß man noch nichts Gewisses, und sind durch denselben vier Familien obdachlos geworden.

In **Jacobshagen** ist trichinenhaltiges Schweinefleisch vorgekommen und davon durch den Apotheker Stephany in Zachan nach Stargard unter Beigabe einer Probe Anzeige gemacht worden. Das Fleisch, wovon die Probe entnommen ist, hat bereits in der Pökeltonne gelegen und fanden sich in dem Stückchen eine unzählige Menge Trichinen vor.

Vermischtes.

Berlin. Die Roßschlächter waren bisher von der Zahlung der Schlachtsteuer frei. Bei der von Jahr zu Jahr sich vermehrenden Zunahme des Genusses von Pferdefleisch erwächst dem Steuerfiskus resp. dem Magistrat für seinen Antheil an der Schlachtsteuer ein so erheblicher Ausfall, daß es, wie das „Fr.-Bl." meldet, in der Absicht liegt, auch von dem Pferdefleisch in Zukunft die Steuer zu erheben.

— Die große Bär u. Herrmann'sche Druckerei in Leipzig, in welcher zwölf Schnellpressen arbeiteten, ist, wie bereits gemeldet, am 10. d. durch Feuer bis auf den Grund zerstört worden. Dadurch erlitt das aus dieser Offizin hervorgehende, in 60,000 Exemplaren verbreitete illustrirte Familienblatt „Omnibus" eine momentane Stockung, welche jedoch, wie wir erfahren, durch das hilfsweise Eintreten von drei anderen Leipziger Buchdruckereien und energische Maßnahmen Seitens der Verlagshandlung des „Omnibus" bald gehoben sein wird.

Börsen-Berichte.

Stettin, 23. Februar. Witterung: Sturm u. Regen. Temperatur + 6° R. Wind: W.

An der Börse.

Weizen etwas niedriger, loco pr. 85pfd. gelber und weißbunter 80—84 Rt bez., geringer 70—79 Rt bez., 83—85pfd. gelber Frühjahr $80\frac{1}{2}$, $80\frac{3}{4}$ Rt bez. u. Br., $80\frac{1}{2}$ Gd., Mai-Juni 81 Rt bez. u. Br., Juni-Juli $81\frac{1}{4}$, $\frac{1}{2}$ Rt bez.

Roggen wenig verändert, pr. 2000 Pfd. loco $52\frac{1}{2}$—56 Rt bez., Frühjahr 51, $51\frac{1}{4}$ Rt bez. u. Br., 51 Gd., Mai-Juni 51, $51\frac{1}{4}$ Rt bez., Br. u. Gd., Juni-Juli 52 Rt bez. u. Gd.

Gerste Frühjahr 69—70pfd. schles. $48\frac{1}{2}$ Rt Br.

Hafer loco pr. 50pfd. 29-30 Rt bez., 47—50pfd. Frühjahr 30 Rt Gd.

Erbsen, Frühj. Futter- $54\frac{1}{2}$ Rt bez.

Rüböl matt, loco $11\frac{1}{6}$ Rt Br., Februar 11 Rt Br., April-Mai 11 Rt bez. u. Gd., September-Oktober $11\frac{1}{2}$ Rt Br.

Spiritus gut behauptet, loco ohne Faß $16\frac{1}{12}$, $\frac{1}{8}$ Rt bez., mit Faß $15\frac{7}{8}$ Rt bez., Februar 16 Br., Frühjahr $16\frac{1}{12}$, $\frac{1}{8}$, $\frac{1}{6}$ Rt bez. u. Gd., Mai-Juni $16\frac{3}{8}$, $\frac{5}{12}$ Rt bez. u. Gd.

Landmarkt.

Weizen 80—85 Rt, Roggen 52—56 Rt, Gerste 44—50 Rt, Erbsen 50—56 Rt per 25 Schffl., Hafer 28—32 Rt per 26 Schffl., Stroh pr. Schock 6—7 Rt, Heu pr. Ctr. 20 Sgr bis 1 Rt.

Berlin, 23. Februar, 1 Uhr 57 Min. Nachmittags. Staatsschuldscheine 85 bez. Staats-Anleihe $4\frac{1}{2}$ % 100 bez. Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien $135\frac{3}{4}$ bez. Stargard-Posener Eisenbahn-Aktien $95\frac{3}{4}$ Gd. Oesterr. National-Anleihe $57\frac{3}{8}$ bez. Pomm. Pfandbriefe $90\frac{1}{2}$ bez. Oberschlesische Eisenbahn-Aktien $187\frac{3}{4}$ bez. Wien 2 Mt. $78\frac{3}{4}$ bez. London 3 Mt. 6. $22\frac{1}{2}$ bez. Paris 2 Mt. $80\frac{5}{6}$ bez. Hamburg 2 Mt. $151\frac{1}{8}$ bez. Mecklenburger Eisenbahn-Aktien $79\frac{1}{4}$ bez. Russ. Prämien-Anleihe $90\frac{1}{2}$ bez. Russ. Banknoten 81 bez. Amerikaner 6% $77\frac{3}{8}$ bez.

Roggen Februar $55\frac{1}{4}$, $\frac{3}{8}$ bez., Frühjahr $51\frac{7}{8}$, $52\frac{1}{4}$ bez., Mai-Juni 52, $52\frac{1}{4}$ bez. Rüböl loco $11\frac{1}{3}$ bez., Februar $11\frac{1}{4}$ bez. u. Br., Februar-März $11\frac{1}{4}$ bez., April-Mai $11\frac{1}{3}$ bez., $\frac{1}{4}$ Gd. Spiritus loco $16\frac{3}{8}$ bez., Februar-März $16\frac{7}{12}$, $\frac{1}{2}$ bez., April-Mai $16\frac{7}{12}$, $\frac{2}{3}$ bez., Mai-Juni $16\frac{5}{6}$, $\frac{7}{8}$ bez.

Hamburg, 22. Februar. Getreidemarkt. Weizen und Roggen loco recht flau, auf Termine wesentlich niedriger. Weizen pr. Febr. 5400 Pfd. netto 150 Bankothaler Br., 149 Gd., pr. Frühjahr 139 Br. u. Gd. Roggen pr. Februar 5000 Pfd. Brutto 89 Br., 88 Gd., pr. Frühjahr 85 Br., 84 Gd. Hafer flau und leblos. Oel sehr stille, loco 25, pr. Mai $25\frac{3}{8}$, pr. Oktober 26. Kaffee lebhafter. Zink flau. — Trübe.

London, 22. Februar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Englischer Weizen ungefähr zu letzten Montagspreisen verkauft, feuchter vernachlässigt, in fremdem Detailgeschäft, nur zu 1 s billigerem Preise verkäuflich. Viele Weizenladungen sind an den Küsten angekommen. Hafer $\frac{1}{2}$ s billiger. — Trübes Wetter.